

Inhalt

Konferenz wird Öffentliche Dienstleistungen in der TTIP diskutieren	1
CEEP-CSR-Gütezeichen 2014 bestärkt Engagement für eine nachhaltige und soziale Wirtschaft	2
Aktuelles aus Brüssel und vom CEEP	4
Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen	7
EU-News im Überblick	9
Aktuelles aus Wissenschaft und Forschung	11
Kontakt	11

Impressum

Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen - Deutsche Sektion des CEEP e.V. (bvöd)
Invalidenstraße 91
10115 Berlin
fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29
email: info@bvoed.de
www.bvoed.de

Konferenz wird Öffentliche Dienstleistungen in der TTIP diskutieren

Am morgigen Mittwoch, 26.11.2014, findet in Berlin eine gemeinsame Konferenz des DGB, der FES, des bvöd und des Bündnisses TTIPUnfairHandelbar zum Thema "TTIP: Gefahr oder Chance? Wie schaffen wir eine gerechte Handelspolitik?" statt, welche rund 250 Gäste erwartet.

Dr. Sabine Groner-Weber, Geschäftsführerin Personal und Fahrservice der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) und Vizepräsidentin des bvöd, nimmt an der Eröffnungsrunde der Konferenz teil.

In einem von mehreren sektor- und themenspezifischen Workshops werden die **öffentlichen Dienstleistungen** und deren Rolle innerhalb der geplanten transatlantischen Freihandels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA (TTIP) im Mittelpunkt stehen. Bislang haben sich rund 140 Gäste dafür angemeldet.

Dr. Heinz Hetmeier, Leiter des Referats für allgemeine Handelspolitik Dienstleistungen und geistiges Eigentum des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, **Prof. Markus Krajewski** vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Erlangen-Nürnberg und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd sowie **Rainer Pläßmann**, Leiter Personal und Organisation und Leiter Stabsstelle Daseinsvorsorge der Stadtwerke Köln diskutieren die Frage, wie eine Liberalisierung der Handelsbeziehungen für Güter und Dienstleistungen zum Gemeinwohl aller erreicht werden kann, ohne dass bestehende EU- und nationale/kommunale Regeln, wie z.B. die kommunale Selbstverwaltung und Gemeindeordnungen, eingeschränkt werden. Zudem sollen konkrete Vorschläge erörtert werden, wie eine europäische Handelspolitik gestaltet sein sollte, welche die Werte und den Rechtsbestand der europäischen Union inklusive der Dienstleistungen von allgemeinem (wirtschaftlichem) Interesse angemessen berücksichtigt und integriert.

Ein ausführlicher Konferenzbericht wird in der kommenden Newsletter-Ausgabe Dezember 2014 zu finden sein.

Berliner Unternehmen: CEEP-CSR-Gütezeichen 2014 bestärkt unser Engagement für eine nachhaltige und soziale Wirtschaft



Zwei der insgesamt vier deutschen Unternehmen, die im Oktober 2014 mit dem Gütesiegel des CEEP zur gesellschaftlichen Verantwortung öffentlicher Unternehmen ausgezeichnet wurden, sind die bvöd-Mitgliedsunternehmen **Berliner Stadtreinigung (BSR)** und die **Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)**. Beide Unternehmen bekannnten sich am Tage der Verleihung in einer [gemeinsamen Pressemitteilung](#) zu einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung als öffentliche Dienstleister.

Die Vorstandsvorsitzende der BVG, **Dr. Sigrid Evelyn Nikutta**, zeigte sich von dem Erhalt des Labels erfreut und betonte: *„Offenheit und Transparenz sind ein essentieller Bestandteil unserer Unternehmenskultur. Der CEEP-CSR Preis bescheinigt uns, dass wir ökologische und soziale Aspekte in der BVG ernst nehmen und bestärkt uns darin, die Maßnahmen in Zukunft auszubauen.“*



BSR-Vorstand Vera Gäde-Butzlaff sieht das Label ebenfalls als Bestätigung der bisherigen nachhaltigen Unternehmenspolitik: *„Die Auszeichnung mit dem europäischen Gütesiegel für soziale Verantwortung zeigt, dass die BSR ihren Eigentümern – den Berlinerinnen und Berlinern – einen Mehrwert bringt, von dem alle etwas haben. Das spornt uns an, auf diesem Weg weiter zu gehen“.*



Einer der Gründe für die Auszeichnung der BVG ist die Verankerung von ökologischen Zielen in der Unternehmenspolitik, nämlich CO₂-Emissionen dauerhaft zu senken und die Energieeffizienz zu erhöhen. So tätigt die BVG Investitionen nach ökologischen Gesichtspunkten und betreibt beispielsweise Solarfähren und ab Sommer 2015 Elektrobusse. Zudem sind BVG Fahrzeuge in der Lage Bremsenergie für den Betrieb von Belüftung oder Licht zu verwenden. Als Beispiele einer kunden- und mitarbeiterorientierten Unternehmenspolitik führt die BVG u.a. an, Kundenworkshops zu veranstalten und den Mitarbeitern ein Gesundheitsmanagement, vielfältige Weiterbildungsangebote und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu bieten.

Die BSR brachte unter anderem ihr Ideenlabor als Beispiel für ihre gesellschaftliche Verantwortung bei der Bewerbung um das Label ein. Dieses begleitet Innovationsvorschläge von Beschäftigten und Interessierten von der ersten Idee bis zu ihrer Realisierung im Unternehmen. Zudem unterstützt die BSR Berliner Bürgerinitiativen zur Stadtverschönerung, indem sie ein „Kehrenbürgerpaket“ aus Besen, Greifzangen, Handschuhen und Westen kostenfrei zur Verfügung stellt.

Beide Unternehmen setzen sich im Rahmen des Projekts „mehrwert Berlin“ für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung der Stadt ein und unterstützen die Berliner „Charta der Vielfalt“.



Lothar Zweiniger, Vorstand Personal/Soziales der BVG, nahm für die BVG das CSR-Label entgegen.

© CEEP 2014

Zu den weiteren Preisträgern des CEEP-Labels 2014 aus Deutschland gehören die **"Die Stadtreiniger" der Stadt Würzburg** und die **Entsorgung Dortmund (EDG)**:



Christian Strohalm (Mitte), Betriebsleiter der Stadtreiniger und Herr Frank Stumpf (links), Umweltmanagementbeauftragter, nahmen das CSR-Label von CEEP-Vizepräsident Filippo Brandolini entgegen.

© CEEP 2014



Wolfgang Birk, Geschäftsführer EDG Dortmund (links) mit Filippo Brandolini.

© CEEP 2014

Das CEEP-CSR-Label wurde 2008 in Kooperation mit der Europäischen Kommission etabliert und wird seitdem an öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen vergeben, die nachweislich erfolgreich CSR-Prinzipien nach den geltenden Standards der Europäischen Union und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) umsetzen. Das CEEP-CSR-Gütezeichen wurde seit 2008 an rund 100 Unternehmen aus ganz Europa verliehen und ist zwei Jahre gültig. [Zur CEEP-CSR-Projektseite](#)

Aktuelles aus Brüssel und vom CEEP

Themenbereich Public Services

CEEP und die neue EU-Kommission

Mit der Bestätigung durch das EU-Parlament und den Rat hat die neue EU-Kommission zum 1. November 2014 mit ihrer Arbeit begonnen. CEEP hat in diesem Monat bereits Kontakt mit neuen Kommissaren und deren Kabinetten aufgenommen und erste persönliche Termine und offizielle Treffen realisiert. Ziel von CEEP ist es, einen regelmäßigen und ergebnisorientierten Kontakt mit der EU-Kommission zu halten, um das Versprechen von Präsident Juncker ein „Präsident des Sozialen Dialoges“ zu sein, aktiv zu begleiten und zu unterstützen.

Eine weitere wichtige Angelegenheit für CEEP ist der thematische Schwerpunkt der EU-Kommission auf Investitionen, denn diese sind für den künftigen Wohlstand in der EU von größter Bedeutung. Aus Sicht von CEEP gibt es genügend Spielraum für eine Verbesserung der nationalen öffentlichen Ausgaben, gerade in bedeutenden Aufgabenbereichen wie der Verbesserung des Übergangs von einer Ausbildung in den Beruf, der Stärkung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und der Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte.

CEEP wird seine Positionen und Forderungen in den kommenden Monaten bei der neuen EU-Kommission und beim noch jungen EU-Parlament einbringen und die politische Agenda zur Förderung eines langfristigen Wachstums aktiv begleiten.

Auch die Ausgestaltung des für 2015 geplanten Arbeitsprogramms der EU-Kommission wird CEEP aktiv mit seinen Arbeitsgremien begleiten.

Themenbereich Social Affairs

CEEP beim Bildungsausschuss des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport

CEEP-Generalsekretärin Ronzitti nahm auf Einladung der italienischen Ratspräsidentschaft Anfang November 2014 an der Sitzung des Bildungsausschusses in Brüssel teil. Dieser ist für die Vorbereitung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport (EYC) im Bereich der Bildung zuständig. Es war das erste Treffen des Ausschusses mit den Vertretern der branchenübergreifenden europäischen Sozialpartner und den EU-Sozialpartnern im Bildungsbereich. Hauptthema der Tagesordnung war aus Anlass der Halbzeitüberprüfung die Diskussion der wirtschaftlichen Grundlagen für Bildung in der Strategie „Europa 2020“. Ronzitti betonte in ihrem Statement (siehe [bvöd-Artikel „CEEP fordert effektive und effiziente Investitionen in Bildungssektor“](#)) die Notwendigkeit einer effizienten und effektiven Nutzung der Ressourcen und die regelmäßige Durchführung

einer sorgfältigen Kosten-Nutzen-Analyse durch die EU-Mitglieder, um sicherzustellen, dass öffentliche und private Mittel entsprechend den Bedürfnissen und Erfordernissen im Bildungsbereich verwendet werden. Sie begrüßte zudem das neue Format zur Konsultationsmöglichkeit mit dem Bildungsausschuss und sprach sich für eine fortlaufende Interaktion mit diesem wichtigen Organ des Rates für Bildung aus.

EU-Sozialpartner-Treffen mit EU-Kommissaren Dombrovskis und Thyssen

Am 17.11.2014 trafen sich der Kommissions-Vize-Präsident für den Euro und den Sozialen Dialog, Valdis Dombrovskis, und die Kommissarin für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Marianne Thyssen, zum einen mit der Arbeitgeberseite der europäischen Sozialpartner, darunter CEEP, zum anderen mit den Vertretern der Gewerkschaften.

Beide Kommissare äußerten den Wunsch, den sozialen Dialog mit den Sozialpartnern zu stärken: „Die heutigen zwei konstruktiven Treffen mit den europäischen Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden markieren den Beginn einer neuen Zusammenarbeit. Wir wollen eine substantiellere Einbindung der Sozialpartner in die wirtschaftspolitische Steuerung der EU, um eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion im Einklang mit der Entwicklung der sozialen Dimension in Europa zu erreichen.“

CEEP-Generalsekretärin Ronzitti betonte in ihrem [Statement](#) die wichtige Rolle, welche die europäischen Sozialpartner innerhalb der makroökonomischen Steuerung durch das Europäische Semester einnehmen: „CEEP setzt sich für eine effektive und sinnvolle Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen auf nationaler Ebene ein. Die Europäische Kommission muss uns die Mittel dazu geben.“ Die Förderung von Wachstum sei ebenfalls eine Priorität für CEEP: "Als Sozialpartner sehen wir unsere Verantwortlichkeiten, zusammen mit der EU-Kommission dafür zu sorgen, dass das Wachstum nach Europa zurückkehrt, damit das Europäische Sozialmodell gestärkt wird“, erklärte Ronzitti. "Der soziale Dialog ist ein wichtiges Instrument, um dieses Ziel zu erreichen".

Bei dem Treffen wurde vereinbart, dass im Frühjahr 2015 eine hochrangige Veranstaltung mit den führenden Vertretern der Europäischen Sozialpartner organisiert werden wird, anlässlich des vor 30 Jahren im Jahr 1985 auf Initiative des damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors in Gang gekommenen Prozesses des Sozialen Dialogs von Val Duchesse (Belgien).

CEEP-Sektorthemen

CEEP: Eine ehrgeizige Klima- und Energiepolitik für 2030 benötigt Planungssicherheit

Im Oktober 2014 einigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf neue Ziele in der Klima- und Energiepolitik für die kommenden Jahre bis 2030. CEEP begrüßt grundsätzlich die Einigung des Rates auf

einen gemeinsamen Rahmen zur Klima- und Energiepolitik. Dies beweise, dass die Europäische Union den Mut habe, als Vorreiter gegen den Klimawandel aufzutreten und mit einem starken Mandat in die Klimaverhandlungen nächstes Jahr in Paris starten könne.

CEEP sieht in der Zustimmung des Rates einen entscheidenden Schritt zu einem wettbewerbsfähigen, sicheren und nachhaltigen europäischen Energiesystem. Dieser reflektiere die Forderungen des CEEP nach Festlegung eines verbindlichen EU-Ziels zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent bis zum Jahr 2030 sowie das EU-Ziel zum Ausbau erneuerbarer Energien. CEEP fordert zudem die EU-Kommission auf, konkrete Vorschläge für Maßnahmen und Instrumente zu entwickeln, um die notwendige Reform des Emissionshandelssystems (Emissions Trading Scheme ETS) einzuleiten. Die grundlegende Absicht des Rates, eine schnelle Vollendung des Energiebinnenmarktes unter anderem durch bessere Interkonnektionen zu erreichen, wird von CEEP positiv gesehen.

Entscheidend sei es nun, dass die Akteure des europäischen Energiesystems möglichst schnell mit einer Planungssicherheit rechnen können, da diese für langfristige Investitionen sowohl in Infrastruktur als auch in Erzeugungskapazitäten eines transformierten europäischen Energiesystems unerlässlich seien, so CEEP.

Zudem sollte aus Sicht von CEEP die Schlussfolgerung des Rates einer ständigen Überprüfung des Rechtsrahmens nicht zu einem Vertrauensverlust gegenüber der europäischen Klima- und Energiepolitik zu führen. In Zeiten, in denen die Versorgungssicherheit ein wichtiges Anliegen ist, sollte eine Politik der Verlässlichkeit mehr denn je im Vordergrund stehen. Daher seien die kommenden Monate entscheidend, in denen ein Steuerungs-Prozess unter Einbeziehung der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Rats-Beschlüsse eingeleitet wird. Dabei müsse auch eine faire Lastenverteilung gewährleistet sein. CEEP vertritt die Ansicht, dass ein erfolgreicher Steuerungs-Prozess einen stringenten und stabilen Zeitrahmen im Hinblick auf die benötigte Planungssicherheit erfordert.

Task Force-Treffen der europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) Wasser

Am 4. November trafen sich die Mitglieder der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) Wasser in Barcelona. CEEP wurde von Joost Buntsma, Mitglied der CEEP Wasser Task Force vertreten. Die Teilnehmer diskutierten u.a., wie eine effektive Governance-Struktur für die EIP gebildet, Hindernisse und Engpässe für Innovationen überwunden und die Rolle der verschiedenen Aktionsgruppen verbessert werden könnten. Innerhalb der EIP arbeiten Expertinnen und Experten des öffentlichen und privaten Sektors zusammen, um beispielsweise im [Bereich Wasser](#) innovative Lösungen zum nachhaltigen Umgang mit Wasserressourcen zu entwickeln.

Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen

- **EU-Kommissarin in Berlin:** Die neue EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström traf am 10. November in Berlin mit Bundeswirtschaftsminister Gabriel sowie dem DGB-Vorsitzenden Hoffmann zu Gesprächen über aktuelle handelspolitische Fragen zusammen, insbesondere die EU-Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP). Nach dem Treffen führte sie aus, dass man Deutschland beim umstrittenen Freihandelsabkommen **CETA** entgegen käme und an bestimmten Stellen noch "juristische Feinschliffe" vornehmen könne. Ob die ursprünglich vorgesehenen Regelungen zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten in Form von internationalen Schiedsgerichten (ISDS) in **TTIP** verbleiben werden, ist nachwievor unklar. Malmström verwies nur auf die noch laufende Auswertung der Konsultation zu ISDS. Präsident Juncker hatte in seiner Antrittsrede vor dem EU-Parlament betont, dass es [ohne die Zustimmung seines Vizepräsidenten Timmermanns kein ISDS in TTIP geben wird](#).

Quelle: [EU-Kommission](#) und [EurActiv](#)

- **CETA-Ratifizierung:** Laut CEEP soll voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2015 das Europäische Parlament über das kürzlich vorgestellte CETA-Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada abstimmen. Bei einer Einstufung als „gemischtes Abkommen“ werden auch die Parlamente der 28 Mitgliedsstaaten zur Abstimmung gerufen. Daher wird der Ratifizierungsprozess für CETA voraussichtlich einen Zeitraum bis zu zwei Jahren beanspruchen.
- **CETA-Analyse:** Im Oktober 2014 hat das EU-Parlament eine [Analyse zum Abschluss der Verhandlungen über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen \(CETA\) zwischen der EU und Kanada](#) vorgelegt. Das Europäische Parlament muss seine Zustimmung zu diesem Abkommen und dem parallelen strategischen Partnerschaftsabkommen (SPA) geben. Dieser Prozess wird etwa zwei Jahre in Anspruch nehmen. „Damit hat das Parlament ausreichend Zeit, um mögliche öffentliche Bedenken abzuwägen, die sich aktuell zwar vor allem auf die Handels- und Investitionsverhandlungen mit den USA konzentrieren, jedoch auch auf das Abkommen mit Kanada ausgeweitet werden könnten“, so das EP.
- **TTIP-Konsultation:** Zur öffentlichen Konsultation der Europäischen Ombudsfrau zum Thema "Transparenz der TTIP-Verhandlungen" Ende Oktober 2014 sind insgesamt mehr als 6.000 Antworten eingegangen. Diese werden nun ausgewertet und Anfang 2015 werden die [nächsten Schritte in der Untersuchung](#) eingeleitet. Die Europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly (Irland) hatte am 29. Juli 2014 auf eigene Initiative eine Untersuchung gegen die Europäische Kommission zur Transparenz und Beteiligung der Öffentlichkeit in Verbindung mit den TTIP-Verhandlungen eröffnet. Der bvöd, die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (Mitglied des bvöd) und CEEP, hatten fristgerecht folgende Konsultationsbeiträge eingereicht und jeweils einige Vorschläge zur Verbesserung der Transparenz eingebracht:
Beitrag des bvöd: [LINK](#) **CEEP-Beitrag:** [LINK](#) (pdf) **Beitrag der AöW:** [LINK](#) (pdf)

- **ISDS-Verfahren:** Bereits Mitte Oktober 2014 wurde durch [Spiegel Online](#) bekannt, dass die Klage des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall wegen des Atomausstiegs gegen die Bundesrepublik Deutschland einen Streitwert von 4,7 Milliarden Euro aufweist. Die Klage wird seit Mai 2012 vor dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsschutzstreitigkeiten (ICSID) in Washington D.C. verhandelt. Als schwedischer Konzern kann sich Vattenfall auf die Investitionsschutzregeln des internationalen Energiecharta-Vertrags (ECT) berufen, welcher ausländischen Investoren eine "stets faire und gerechte Behandlung" sichern soll. Nach Angaben der Bundesregierung sind bisher 3,23 Millionen Euro für Gerichtskosten, Rechtsanwälte, Gutachten, Übersetzungen und weitere Ausgaben angefallen, laut [Frankfurter Allgemeine](#). Wie die [Süddeutsche Zeitung](#) berichtet, ist an der Klage auch der deutsche Atomkonzern Eon über Zwischenfirmen beteiligt. Die Bundesregierung hat im August 2014 eine Klageerwiderung in das laufende Verfahren eingebracht.
- **TTIP-Bekenntnis:** Am Rande des G20-Treffens vom 15.-16.11.2014 im australischen Brisbane haben sich die Staats- und Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Deutschlands, Großbritanniens, Italiens, Frankreichs und Spaniens sowie die Spitzen der EU zum geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP bekannt und ein gemeinsames [Statement](#) herausgegeben.
- **Terminausblick zu TTIP:** Am 3. Dezember 2014 wird die EU-Handelskommissarin mit dem Handelsausschuss des EU-Parlaments (INTA) zusammenkommen, um über TTIP zu diskutieren. Am 4. Dezember 2014 wird in Brüssel ein öffentliches "stakeholder meeting" zu TTIP stattfinden, bei dem die EU-Handelskommissarin Fragen beantworten wird. Ein Treffen Malmströms mit dem Leiter der US-Verhandlungsdelegation, Michael Froman, ist ebenso vorgesehen. Voraussichtlich Ende Januar 2015 wird die nächste Verhandlungsrunde zu TTIP in Brüssel stattfinden. Die EU-Kommission hat die Veröffentlichung des Berichts zu den Ergebnissen der öffentlichen Konsultation über ISDS in TTIP auf Anfang 2015 verschoben.

Am 19. Dezember 2014 wird CEEP die Gelegenheit eines Treffens mit EU-Kommissarin Malmström wahrnehmen und dafür eintreten, dass in der TTIP die Stellung und Bedeutung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) als Rückgrat des Europäischen Sozialmodells berücksichtigt werden. Konkret geht es darum, dass auch bei einer Förderung des Handels und wirtschaftlichen Austausches weiterhin die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse nach dem geltenden Prinzip der eigenverantwortlichen Festlegung, Organisation und Finanzierung durch die Mitgliedsstaaten erbracht werden können und deren Sonderstellung im Binnenmarkt beachtet wird.

EU-News im Überblick

Neue EU-Kommissionssprecher vorgestellt

Die dreizehn Sprecher der neuen EU-Kommission wurden Anfang November vorgestellt. Sie sind nicht mehr einzelnen EU-Kommissaren unterstellt, sondern für bestimmte Politikfelder zuständig. Zukünftig sollen alle Sprecher an der täglich stattfindenden Mittags-Presskonferenz teilnehmen. Eine Liste der neuen Sprecher ist auf EurActiv.de zu finden: [LINK](#)

Journalistisches Dossier zu Privatisierungsfolgen in EU-Krisenstaaten veröffentlicht

Der Berliner Tagespiegel hat Mitte November ein multimediales Recherche-Dossier herausgegeben, welches ausführlich „die EU-weiten Folgen der Krisenpolitik, die übergreifenden Fehler und die Verantwortung der Troika bei den Privatisierungsdeals“ aufzeigt. Neben einem Überblick über die in Griechenland, Portugal und Irland bereits (teil)privatisierten öffentlichen Unternehmen zeigt das Dossier anhand von Einzelbeispielen u.a. aus dem [öffentlichen Wassersektor in Griechenland und Portugal](#) und aus dem öffentlichen Energiesektor, wie eine teils überstürzte und verlustreiche Privatisierung in den Ländern auf Druck der Troika ablief. In Anlehnung an das Gesellschaftsspiel Monopoly trägt das Dossier den Titel „Europoly – Privatisierung unter der Troika“.

Quelle: Tagesspiegel.de

Erste Sitzung des neuen EU-Kommissionskollegiums: Soziale Dimension der EU soll gestärkt werden



Das neue Kollegium (s. Foto, © Europäische Union 2014) der EU-Kommissarinnen und Kommissare unter der Leitung von Präsident Jean-Claude Juncker tagte am 5. November in Brüssel zum ersten Mal in gemeinsamer Runde.

Themen waren u.a. die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen und die Zusammenarbeit in Projektteams innerhalb des Kollegiums. Präsident Juncker

führte nach der Sitzung aus, dass man „einen langen Meinungs-austausch über politische und soziale Fragen“ gehabt habe. Die soziale Dimension spiele eine ebenso wichtige Rolle wie die wirtschaftliche. Das werde sich im neuen Jahreswachstumsbericht für die EU niederschlagen, den die Kommission derzeit vorbereitet. Man plane zudem den Staats- und Regierungschefs bereits beim EU-Dezembergipfel konkrete Vorschläge für das geplante Investitionspaket im Wert von 300 Mrd. Euro vorlegen.

Die EU-Kommission tritt in der Regel mittwochs in Brüssel zu ihrer wöchentlichen Sitzung zusammen; in Wochen, in denen das Europäische Parlament in Straßburg tagt, finden die Kommissionsitzungen dienstags statt. Die Tagesordnungen der jeweiligen Sitzungen werden [hier](#) veröffentlicht.

Quelle: [EU-Kommission](#)

„Neustart für Europa“: Kommission stimmt Arbeitsprogramm für 2015 ab

Bis Mitte Dezember möchte die neue EU-Kommission nach den Diskussionen mit Parlament und Rat ihr Arbeitsprogramm für 2015 vorlegen. Dieses wird auf den zehn politischen Leitlinien der neuen EU-Kommission sowie der "Strategischen Agenda für die Union in Zeiten des Wandels" des Europäischen Rates aufbauen. Der Erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans hatte am 19. November 2014 die Beratungen mit dem EU-Parlament und erstmals mit den im Rat vereinigten Ministern eröffnet und damit die Vorbereitungsphase des Arbeitsprogramms für 2015 eingeleitet. In einem Schreiben an EU-Parlamentspräsident Martin Schulz und den italienischen Premierminister Matteo Renzi haben Juncker und Timmermans erste konkrete Vorhaben des Arbeitsprogramms der EU-Kommission für 2015 benannt: [Juncker nimmt erste Konkretisierung für Arbeitsprogramm 2015 der EU-Kommission vor](#) (*bvöd-Artikel*).

Quelle: [EU-Kommission](#)

EU-Kommission kündigt Transparenzoffensive an

Der Erste Vizepräsident Frans Timmermans kündigte nach der Kommissionssitzung am 19.11.2014 an, dass die Kommission ab dem 1. Dezember 2014 alle Kontakte der Kommissare, ihrer Kabinettsmitarbeiter und der Generaldirektoren mit Interessenvertretern und Lobbyisten auf ihrer Website veröffentlichen werde. Handelskommissarin Malmström kündigte an, mehr Dokumente als bisher über die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA zu veröffentlichen.

Quelle: [EU-Kommission](#)

Ministerrat stimmt Trilog-Kompromiss zur Reduzierung von Plastiktüten zu

Am vergangenen Freitag (21.11.2014) stimmten die Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten dem mit dem EU-Parlament ausgehandelten Kompromiss zur neuen EU-Richtlinie zur Verringerung von Plastikmüll zu. Die EU-Staaten haben nun die Wahl, verbindliche Ziele oder eine Preisfestsetzung einzuführen: Entweder beschließen sie Maßnahmen, die sicherstellen, dass Plastiktüten bis zum 31. Dezember 2018 Verbrauchern nicht umsonst zur Verfügung stehen, oder sie beschließen Ziele zur Minderung des Verbrauchs auf 90 Tüten pro Person bis Ende 2019 und auf 40 Tüten pro Person bis Ende 2025. Der Umweltausschuss des EU-Parlaments stimmte am gestrigen Montag, 24.11.2014, über den Kompromiss ab. Nach endgültiger Zustimmung im Umweltministerrat am 17. Dezember und im EU-Parlament können die neuen Regelungen Anfang 2015 in Kraft treten.

Quelle: [EU-Parlament](#)

Aktuelles aus Wissenschaft und Forschung

Studie belegt hohen Anpassungsbedarf für kommunale Energieversorger durch die Energiewende



KOMPETENZZENTRUM
Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und
Daseinsvorsorge e.V.

Leipzig, 05.11.2014. Die Studie „Herausforderungen von Stadtwerken aus der Energiewende“, die das Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. an der Universität Leipzig in Kooperation mit der Commerzbank AG und der Stadtwerke Leipzig GmbH erstellt hat, illustriert den hohen strategischen Anpassungsbedarf der Versorgungsunternehmen durch die Energiewende. [zum vollständigen Artikel](#)

Kontakt

Dominik Hellriegel

fon +49 (0) 30 / 943 95 13 - 0

Referent bvöd-Geschäftsstelle

email hellriegel@bvoed.de

[Alle bisherigen Newsletter-Ausgaben](#)

[Newsletter abonnieren](#) - zur Abbestellung genügt eine Mail an info@bvoed.de